



Open Access Repository

www.ssoar.info

Widerstand und die Formierung von Ordnung in der digitalen Konstellation

Berg, Sebastian; Thiel, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Berg, S., & Thiel, T. (2019). Widerstand und die Formierung von Ordnung in der digitalen Konstellation. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 10(1), 67-86. <https://doi.org/10.3224/zpth.v10i1.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>


Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67901-4>

Widerstand und die Formierung von Ordnung in der digitalen Konstellation

*Sebastian Berg / Thorsten Thiel**

Schlüsselwörter: Widerstand, Netzpolitik, Digitaler Ungehorsam, Herrschaft, Digitale Konstellation, Hacktivismus, Ordnungsbildung

Abstract: Wird digitaler Widerstand in der Politischen Theorie zum Thema, so meist mit einem Fokus auf (neue) Formen zivilen Ungehorsams wie Hacktivismus. Der Aufsatz bietet hierzu eine Alternative, indem er das Betrachtungsfeld so ausweitet, dass neben diesen Formen auch Strategien des netzpolitischen Protests und der Schaffung alternativen Infrastrukturen in den Blick genommen werden. Die systematisierende und vergleichende Analyse der Entwicklung von Widerstandsformen in der digitalen Konstellation erlaubt es, die Dynamik des Zusammenwirkens von Ordnung und Widerstand besser zu verstehen. Hieraus erwächst eine Kritik der Formierung von Herrschaft in der Gegenwart, welche die depolitisierende Restrukturierung von Handlungs- und Möglichkeitsräumen für gesellschaftliche Akteur*innen im Umgang mit digitaler Technik herausarbeitet, was eine politiktheoretische Ergänzung der Kritik von Überwachungspotentialen und Privatisierungstendenzen erzeugt.

Abstract: When Political Theory has dealt with digital resistance, it has almost exclusively focused on novel forms of civil disobedience. This article argues that a broader understanding of resistance, which includes digitally focused political mobilization as well as the creation of alternative infrastructure, allows us to better understand the formation of order in the digital constellation. By analyzing and comparing different approaches used to counter the emergent digital order, we show the vital importance of the depoliticizing effects embedded in new forms of (digital) domination and expand the normative reflection of digital societies as subject to surveillance and/or privatization.

Wenn Politische Theorie sich bisher mit dem Themenkomplex Widerstand und Digitalisierung beschäftigt hat, so tat sie dies zumeist, indem sie auf die Entwicklung einer digitalen Form zivilen Ungehorsams fokussierte. Prototypisch für eine solche Auseinandersetzung ist das Buch *Kunst der Revolte: Snowden, Assange, Manning* von Geoffroy de Lagasnerie. In diesem versucht de Lagasnerie die revolutionäre Besonderheit digitalen Widerstands zu begründen, das „Auftauchen von etwas Neuem“ (de Lagasnerie 2016: 11). Aber auch andere Arbeiten – und auch solche, die sich kritischer mit Phänomenen wie

* Sebastian Berg, Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft
Kontakt: sebastian.berg@wzb.eu
Thorsten Thiel, Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft
Kontakt: thorsten.thiel@wzb.eu

WikiLeaks, Occupy oder früher schon Indymedia oder den Zapatista auseinandersetzen – wählen zumeist einen Zugang, der das Zusammenspiel von Widerstand und Digitalität als potentiell neuartige Dynamik in einem älteren Kampf zu interpretieren sucht und der daher hauptsächlich Legitimität und Effektivität dieser Strategien abzuschätzen versucht.

Dieser Beitrag schlägt eine Alternative vor. Ausgangspunkt hierfür ist ein weites Verständnis digitalen Widerstands, welches nicht allein auf gewaltsame Akte und auf Handlungen, die explizit gegen politische Machthaber*innen gerichtet sind, fokussiert. Stattdessen wird das Betrachtungsfeld so ausgeweitet, dass zum einen ein breiter Komplex ordnungsbildender Kräfte in den Blick gerät, zu dem neben privaten Akteur*innen auch technische Infrastrukturen zählen. Zum anderen werden widerständige Handlungen – die von zivilgesellschaftlichem Protest bis an die Bildung institutionalisierter Opposition heran reichen und insbesondere auch die Schaffung von Alternativen zur Ordnung einschließen – in die Analyse einbezogen. Wir zeigen, dass der politiktheoretische Wert eines solch weiten Verständnisses unter anderem darin zu sehen ist, dass sich so über den Widerstand in den Blick nehmen lässt, wie Ordnung sich formiert und als Herrschaft manifestiert (vgl. zu einem solchen Vorgehen: Daase / Deitelhoff 2017). In der Konsequenz brechen wir daher die bisher übliche Fokussierung auf einzelne Konflikte, Techniken oder Akteur*innen auf und ersetzen sie durch eine systematisierende Beschreibung von Widerstandsformen in der digitalen Konstellation. Die Analyse des so entstehenden Panoramas politisierender Praktiken stellt dann die Grundlage dar, um die Dynamik des Zusammenwirkens von Ordnung und Widerstand besser zu verstehen. Wir fragen: Welche politischen Potentiale hat Widerstand im Prozess der Digitalisierung? Wie versucht Widerstand sich in die Ordnungsbildung einzuschreiben – und mit welchem Erfolg? Und welche Bedeutung kommt in diesem Kontext der transnationalen Komponente digitaler Vernetzung zu?

Um diese Fragen zu beantworten, werden wir im Folgenden eine doppelte Systematisierung widerständiger Praktiken entwickeln. Nach einer kurzen, definitorischen Erläuterung unseres weiten Verständnisses von digitalem Widerstand (1.1) stellen wir zwei Kriterien vor, die wir für eine systematisierende Beschreibung widerständiger Praktiken als passend erachten (1.2). Mittels dieser unternehmen wir dann im zentralen Kapitel 2 eine systematische Rekonstruktion dreier zentraler Formen digitalen Widerstands: zivilgesellschaftlicher Oppositionspolitik, digitalem Ungehorsam und dem Aufbau alternativer Infrastrukturen. Wir erörtern, wie Widerstand in der digitalen Konstellation verfährt, woran er sich festmacht und an wen er appelliert (2.3). Auf der Grundlage dieser Rekonstruktion lassen sich dann Aussagen darüber treffen, wie digitaler Widerstand sich über Zeit entwickelt hat und welche Bedeutung ihm heute zukommt (2.4). Kapitel 3 wird schließlich ausblickend diskutieren, was daraus für die Formierung von Herrschaft in der digitalen Konstellation folgt – und inwiefern Politische Theorie hier sprechfähig ist.

1. Vorklärungen: Digitaler Widerstand und dessen Untersuchung

1.1 Konzeptionelle Anmerkungen

Was also wollen wir im Folgenden unter der Chiffre ‚digitaler Widerstand‘ untersuchen? Zwei Dinge sind wichtig: Erstens das oben schon angedeutete ‚weite‘ Verständnis von Widerstand. Dieses beschränkt Widerstand nicht auf dissidente, also in Form und Inhalt

klar außerhalb der Ordnung stehende und womöglich gewaltsame Akte, sondern verwendet Widerstand als Oberbegriff, der ein breites Spektrum explizit agonistischer Politisierung umfasst:

„Widerstand ist demnach soziales Handeln, das gegen eine als illegitim wahrgenommene Herrschaftsordnung oder Machtausübung gerichtet ist. Dabei kann Widerstand gewaltsam oder gewaltlos sein, sich an begrenzten Zielen orientieren oder auf Umsturz bedacht sein; er kann individuell oder kollektiv sein und sich spontan äußern oder organisiert auftreten.“ (Daase 2014: 3)

Das Spektrum des Widerstands reicht für uns also von zivilgesellschaftlichen Praktiken des Protests und der Opposition, die bis in das etablierte politische Institutionengefüge hineinreichen und daher einen interagierenden, wenn auch konfrontativen Charakter haben, bis hin zu dissidenten Praktiken, die sich am Rande oder auch außerhalb der bzw. entgegengesetzt zur Rechts- und Werteordnung bewegen. Im Kontext der digitalen Konstellation ist Widerstand dabei nicht nur hinsichtlich des engen Kontexts institutionalisierter Politik – also des etablierten Gewaltmonopols – zu lesen, sondern richtet sich auch im weiteren Sinne gegen jene mediatisierten Praktiken soziotechnischer Ordnungsbildung und Institutionalisierung, die mit dem Verweis, „that the social is constructed from, and through, technologically mediated processes and infrastructures of communication“ umschlossen sind (Couldry / Hepp 2016: 1). Aus einer solchen Perspektive lassen sich dann Formen und Strategien der Politisierung digitaler Ordnungsbildung systematisieren und die *black box* einer vermeintlich technisch getriebenen Entwicklung der politischen Reflexion zuführen. Der damit einhergehenden Möglichkeit, Aussagen über Macht- respektive Herrschaftsstrukturen und den demokratischen Charakter entlang unserer Analyse formulieren zu können, steht die Einsicht gegenüber, dass sich mittels dieses Vorgehens keine generalisierenden Aussagen über *die* Herrschaft digitaler Ordnungsbildung werden treffen lassen. Möglich ist jedoch, die in Reaktion auf den Widerstand hervortretenden Strukturmerkmale aufzuzeigen und als Gegenstand politiktheoretischer Reflexion analytisch aufzubereiten.

Mit Bezug auf das Digitale im digitalen Widerstand legen wir einen ‚mittleren‘ Digitalisierungsbegriff zugrunde. Ein solcher fokussiert auf den Kernbereich der Computerisierung und Vernetzung der Welt. Dies ist mehr als ein Fokus auf Digitalisierung als Verfügbarmachung der Welt in der Form von Digitalisaten und mehr auch als das Abstellen auf eine artefaktgebundene Vernetzung (die online/offline-Dichotomie), wie sie in der Politikwissenschaft allzu üblich ist. Umgekehrt wollen wir aber auch ein zu weites Digitalisierungsverständnis vermeiden, welches die digitale Transformation als weltgesellschaftliches Universalphänomen begreift und von konkreten Techniken weitgehend löst (vgl. u. a. Baecker 2018; Nassehi 2019). Auf einer konzeptionellen Ebene sind wir zwar überzeugt, dass ein weiter Digitalisierungsbegriff durchaus Vorzüge hat und auch im Feld der Politischen Theorie anschlussfähig ist (ausführlicher zu unserem Verständnis von Digitalisierung und digitaler Konstellation: Berg / Rakowski / Thiel 2020), im Kontext des konkreten Arguments hier halten wir ein derart weit gefasstes Verständnis aber für zu beliebig, da es keinerlei Widerstandspraktiken unserer Gegenwart mehr aus der Betrachtung als digitaler Widerstand ausschließen könnte.¹

1 Eine dritte – hiermit direkt zusammenhängende – Spezifikation lautet, dass wir im Folgenden nur solche Formen digitalen Widerstands untersuchen werden, die sich an digitaler Ordnungsbildung ausrichten. Damit sind Formen digitalen Widerstands aus der Betrachtung ausgenommen, die lediglich eine digitale Form der Organisation oder Ausübung von Widerstand wählen, nicht aber das Digitale zum Gegenstand

1.2 Praktiken der Politisierung: Ansatzpunkte unserer Typologie

Wie aber lässt sich digitaler Widerstand nun analytisch fassbar machen? Unsere Systematisierung basiert auf zwei Einteilungen: Zum einen einer phänomenologisch-deskriptiven Differenzierung entlang von Handlungsformen (s. Kapitel 2), zum anderen aber, und für die Bewertung der Entwicklung dieser Formen besonders wichtig, einer Differenzierung im Hinblick auf den Gegenstand der Thematisierung, das *Was* (a), und den Adressat*in der Widerstandsbemühungen, das *Wen* (b).

a) *Was: Der Gegenstand des Konflikts*

Ordnungsbildung ‚im Digitalen‘ vollzieht sich auf unterschiedlichen Ebenen und mittels unterschiedlicher Mechanismen. Eine grobe, für unsere Zwecke aber hinreichende analytische Unterscheidung ist dabei die Unterscheidung entlang zweier zentraler Ebenen von Konflikten: einer infrastrukturell-technischen und einer inhaltlich-kommunikativen.

Die infrastrukturell-technische Ebene der digitalen Transformation bezieht sich auf die Art und Weise, wie Digitaltechnik durchgesetzt und zugänglich gemacht wird. Das Spektrum umfasst hier etwa die Frage des Zugangs zu Netzen und Diensten oder auch nötige Abwägungen im Bereich individueller oder systemischer Sicherheit, etwa Verschlüsselung. In Bezug auf Auseinandersetzungen um diese Ebene muss gelten, dass digitale Technik zum einen äußerst formbar und daher für viele Zwecke auszugestaltet ist, und dabei, im Unterschied zu anderen Formen von Infrastruktur, auch im Gebrauch für eine Vielzahl von substantiellen Anpassungen offen bleibt (vgl. Passoth 2017: 59). Umgekehrt aber gilt, dass der Entscheidungscharakter wie die ordnungsbildende Wirkung auf der infrastrukturell-technischen Ebene schnell hinter den erzeugten Interfaces oder der Gewöhnung an die Funktionalität verschwindet. Einmal in Gebrauch verhärteten digitale Standards, werden oft als unveränderbar wahrgenommen und ganz der Reflexion als politisch disponibel entzogen.²

Anders funktioniert Ordnungsbildung auf der inhaltlich-kommunikativen Ebene: Hier ist der Gegenstand die sichtbare Regulierung von Kommunikation oder – bildlicher gesprochen – das *policing* des Cyberspace. Während sich Ordnungsbildung in der infrastrukturellen-technischen Ebene oft schleichend vollzieht und Interventionen in ihrer politischen Bedeutsamkeit erst dechiffriert werden müssen, ist in der inhaltlich-kommunikativen Ebene ein Herrschaftsanspruch sehr viel expliziter, da er formalisiert, gegen verbreitete Praktiken durchgesetzt und oft auch über nationalstaatliche Grenzen hinweg kommuniziert werden muss (s. etwa die Frage des Anwendungsgebiets von Regularien wie des Rechts auf Vergessen oder des deutschen NetzDG). Staatliche Regulierungen stehen hier oftmals in Konkurrenz zueinander, was unterschiedliche Potenziale auch nach der Durchsetzung von Standards sichtbar bleiben lässt. Eine weitere Besonderheit stellt die immense Bedeutung privatwirtschaftlicher Akteur*innen, insbesondere der großen so-

machen. Eine Konsequenz dieser Entscheidung ist, dass wir etwa den durch Chelsea Manning in Verbindung mit WikiLeaks geübten Protest ungeachtet seiner Prominenz und der Beschreibung von WikiLeaks als digital ermächtigtstem Akteur nicht in die Betrachtung aufnehmen.

2 Dies lässt sich etwa am Beispiel der Vernetzung anschaulich nachvollziehen, die meist als eine unpolitische Geschichte der Universalisierung, des Erreichbar-Machens erzählt wird. Diese technische Erzählung unterschlägt aber sowohl, dass den an der Oberfläche neutralen Systemen zur Vermittlung von Information und Kommunikation Kontrollmöglichkeiten stets eingeschrieben sind (vgl. Galloway 2004; Sprenger 2015) als auch, dass im Prozess der Ausgestaltung immer wieder neue *points of control* erschlossen werden (vgl. DeNardis 2012; Deibert 2013).

zialen Netzwerke, dar, die zudem ein eigenes und oft ausgeprägtes Interesse an bestimmten Regulierungsarrangements haben. Während aus der Eigenperspektive dieser Akteur*innen die Entwicklung gerne als kompetitiv beschrieben und Responsivität daher als über Marktmechanismen gewährleistet dargestellt wird, lässt sich mit etwas Abstand doch eine zunehmende Konvergenz der ordnenden Kräfte ausmachen (vgl. Dolata 2015; Zuboff 2019).

Mit der infrastrukturell-technischen und der inhaltlich-kommunikativen Ebene sind die zwei potentiellen Konfliktfelder markiert, auf denen widerständige Diskurse im Allgemeinen Ordnungsbildung problematisieren und herausfordern. Diese Ebenen lassen sich zwar nicht scharf voneinander trennen, doch es gelingt verhältnismäßig gut, einzelne Widerstandspraktiken auf die jeweilige Ebene zu beziehen bzw. Phasen zu unterscheiden, wann welche der Ebenen besonders im Fokus widerständiger Handlungen stand. Ganz allgemein gilt dabei, dass die Frühphase der Durchsetzung des kommerziellen Internets, grob die neunziger Jahre bis circa 2005, eher von einer diffusen Konfrontation mit sehr unklaren Kräfteverhältnissen geprägt war. Später wich dies jener heute gut erkennbaren Frontstellung, auf der ein (natürlich immer noch in vielen Fragen heterogener) Block von Privatwirtschaft, nationaler und internationaler Politik auf der einen und eine vokale Gruppe von Internetaktivist*innen auf der anderen Seite steht. Die Gruppe der Staaten und Konzerne verfügt dabei zwar eindeutig über die größeren Ressourcen, die Frage der diskursiven Hegemonie – im gramscianischen Sinne der Produktion zustimmungsfähiger Ideen – ist aber, nicht zuletzt aufgrund des utopischen Überschusses aus der Frühphase der Auseinandersetzung, immer noch offen.

b) Wen: Strategische Adressierung

Noch eine zweite Unterscheidung ist hilfreich, wenn man die Strategien digitalen Widerstands beschreiben und die Formierung von Ordnung verstehen will: An wen nämlich richtet sich dieser? Hier schlagen wir vor zu unterscheiden, ob Akteur*innen strategisch auf die Sphäre einer – nationalen oder transnationalen – Öffentlichkeit zielen bzw. ob sie direkt politische Institutionen und Prozesse adressieren wollen (vgl. Haunss / Hofmann 2015) oder in präfigurativer Weise durch Technikgestaltung versuchen, die Debatte über die Weise der Ordnungsbildung zu alternieren und zu beeinflussen (vgl. Hepp 2016). Widerstand wirkt, wenn Politisierung gelingt; das heißt, wenn die Formierung von Ordnung hinterfragbar gemacht und Alternativen aufgezeigt werden. Dies kann dadurch geschehen, dass eine Problembeschreibung direkt in den institutionellen Bereich politisch verbindlichen Entscheidens eingespeist wird. Es gelingt auch dadurch, dass „bestimmte Problemlagen und die Diskussionen des Umgangs mit ihnen aus einem gesellschaftlichen Teilsystem in den öffentlichen Raum getragen werden“ (Zürn 2013: 17). Es ist aber gerade im Fall digitaler Ordnungsbildung auch möglich, über die Entwicklung und Bereitstellung technischer Infrastruktur bisherige Probleme (und potentielle Lösungswege) sichtbar zu machen und gesellschaftlich zur Disposition zu stellen. Welche Art der Adressierung widerständige Akteur*innen wählen, hängt unter anderem davon ab, als wie wirkmächtig und responsiv das politische System wahrgenommen wird und welche Ressourcen und Zugänge diesen Akteur*innen zur Verfügung stehen.

Diese Unterscheidung ist im Kontext der digitalen Konstellation auch deshalb so relevant, da anders als in ‚klassischen‘ Widerstandskontexten der transnationalen Dimension bereits *prima facie* gesteigerte Bedeutung zukommt: Die Herausbildung digitaler Ordnungsstrukturen lässt sich ob ihres Vernetzungscharakters nicht einfach auf den bestehen-

den politischen Referenzrahmen der Nationalstaaten beziehen (vgl. Mueller 2019; Pohle / Thiel 2019). Digitalität weist technisch wie sozioökonomisch vielmehr weit über den Nationalstaat hinaus und in der Folge befinden sich digitale Widerstandsakteur*innen häufig in einer Situation, in der unklar ist, wer politische Veränderung durchsetzen kann oder soll. Politisierung kann daher auch etwa darin bestehen, über den nationalen Kontext hinaus gemeinsame Betroffenheiten zu artikulieren und Verantwortlichkeiten zu benennen.

2. Digitaler Widerstand: Formen und Entwicklungen

Entlang der vorgestellten Kategorien lässt sich im nächsten Schritt nun eine komplexere Beschreibung der Ausprägungen digitalen Widerstands vornehmen und deren interne Entwicklung besser nachvollziehen. Drei Variationen widerständiger Politik lassen sich dabei getrennt voneinander beschreiben und analysieren: Zivilgesellschaftliche Oppositionspolitik (1), digitaler Ungehorsam (2) und die Produktion von Alternativen (3).

2.1 Zivilgesellschaftliche Oppositionspolitik

Das Wachstum und die Professionalisierung der organisierten Zivilgesellschaft im Bereich der Internet- und Digitalpolitik ist eine der auffälligsten Entwicklungen in Bezug auf Protest und Bewegungskultur allgemein – und das international wie auch und vor allem mit Blick auf Deutschland (vgl. Bennett 2010; Ganz 2015; Reiberg 2018; Breindl 2019). Gerade die Jahre nach 2005 haben unter dem Banner der Netzpolitik eine große und relativ stabile Mobilisierung für digitale Fragestellungen mit sich gebracht, die sich in der öffentlichen wie politisch-institutionellen Etablierung der Themen niederschlug. In jüngerer Zeit ebbt diese Konjunktur wieder ab, was sich unter anderem daran zeigt, dass das netzpolitische Verständnis stärker von wirtschaftlich dominierten Frames überlagert wird, was auch im Begriffswechsel von Netzpolitik zu Digitalisierung zum Ausdruck kommt (vgl. Hofmann / Kniep 2018; Pohle 2019; Hösl 2019). Die Organisation der Akteure im Feld der Netzpolitik reicht von eher losen, meist technisch fokussierten und oft bereits länger bestehenden Interessenvereinigungen wie etwa dem *Chaos Computer Club* (CCC) bis hin zu zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen, wozu in Deutschland etwa *netzpolitik.org* und die *Digitale Gesellschaft* oder in Amerika die *Electronic Frontier Foundation* (EFF) zählt. Hinzu treten immer wieder größere Allianzen oder themenspezifische Bewegungen, die sich angesichts von aktuell wichtigen Themen – von Netzneutralität bis zur Urheberrechtsreform – zusammenschließen und deren Operationsmodus sich am besten als hybride Version konnektiven Handelns charakterisieren lässt (vgl. Bennett / Segerberg 2012). Einen Sonderfall stellt schließlich noch die dezidiert parteiliche Organisation dar, wie sie sich in der Piratenpartei manifestiert. Diese hat es als transnationale Bewegung ausgehend von Schweden ab 2006 zumindest zeitweise erfolgreich geschafft, netzpolitische Themen unmittelbar in parlamentarischen Debatten zu verankern. In Deutschland konnte die Partei insbesondere in den Jahren 2011 und 2012 viel Wähler*innenzuspruch erreichen.³

3 Im Kontext dieses Artikels sind mindestens drei Dinge an den Piratenparteien interessant: Die interne Strukturierung, die – zumindest im Fall der deutschen Partei – ein anderes Demokratiemodell verspricht

Die zivilgesellschaftliche Opposition hat traditionell einen Schwerpunkt auf der infrastrukturell-technischen Ebene, der insbesondere in der identitätsbildenden Forderung nach dem Erhalt eines freien, freiheitlichen und offenen Internets zum Ausdruck kommt (vgl. Wendelin / Löblich 2013: 67). Diesbezüglich sind die Akteur*innen aufgrund der ihnen zugeschriebenen Expertise besonders gut aufgestellt und als themenbezogene Opposition, gerade auch in nationalen parlamentarischen Kontexten, gut etabliert. Die hier errungenen Erfolge müssen aber auch im Kontext liberal-demokratischer Regime stets aufs Neue verteidigt werden, wie etwa die regelmäßigen Neuauflagen der Auseinandersetzungen um Verschlüsselung zeigen. Daneben aber haben die Akteur*innen mehr und mehr ihre Ziele und Themen über den Kern infrastrukturell-technischer Aktivität hinaus erweitert und sich das Feld der inhaltlich-kommunikativen Ebene erschlossen. Neben einem bürgerrechtlichen Framing, wie es in den Positionen zu Datenschutz oder informationeller Selbstbestimmung zum Ausdruck kommt, ist hier auch eine stärker demokratisch-gemeinwohlorientierte Position üblich geworden, wie sie etwa in Bezug auf die Folgen von Automatisierung für heutige Gesellschaften etabliert wurde.

Blickt man nun als zweites auf das Handlungsrepertoire zivilgesellschaftlicher Opposition so lässt sich zunächst festhalten, dass diese gleichermaßen direkten Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen versuchen wie indirekt auf die diskursive Auseinandersetzung in der politischen Öffentlichkeit wirken wollen. Das Repertoire mittels dem dies versucht wird, hat sich dabei gerade in den letzten zehn Jahren stark erweitert, was auf Professionalisierungseffekte wie auf eine zunehmende Institutionalisierung rückschließen lässt (vgl. Breindl 2019). Die überwiegende Mehrzahl der gewählten Strategien lässt sich dabei als kritisches, aber konstruktives Engagement beschreiben – es reicht von Phänomenen, die wir unter Widerstand fassen würden, wie der Organisation großer Proteste, bis hin zu rein oppositionellen Praktiken, etwa der Mitarbeit in Enquete-Kommissionen oder der Einklagung von Grundrechten. Während beide Formen strategischer Adressierung üblich sind, lassen sich durchaus Verschiebungen registrieren: Insbesondere ist zu beobachten, dass das Agieren in und mittels juristischer Diskurse stark zugenommen hat (in Deutschland etwa exemplifiziert durch Gründung und Wirken der *Gesellschaft für Freiheitsrechte*), zivilgesellschaftliche Oppositionspolitik agiert also häufig defensiv und stark anlassbezogen (vgl. Dobusch 2014). Öffentlicher Protest und Mobilisierungserfolge wie sie für die Dekade zwischen 2005 und 2015 kennzeichnend waren – besonders spektakulär das nicht zuletzt durch Straßenproteste erzwungene Scheitern von SOPA und PIPA und in der Folge von ACTA (2011/2012), aber auch der Einsatz gegen Vorratsdatenspeicherung –, sind in den letzten Jahren trotzdem eher ausgeblieben. In der Eigenwahrnehmung der zivilgesellschaftlichen Opposition nimmt dabei insbesondere die Auseinandersetzung um Überwachung im Zuge der Snowden-Enthüllungen eine besondere Rolle ein: Hier kulminieren viele zentrale Motive der Bewegung von Datenschutz bis Geheimdienstkontrolle, zugleich – und ungeachtet der großen medialen Aufmerksamkeit – wird die Politisierung zu diesen Themen von den Akteur*innen selbst aber als unzureichend und im Effekt als Symbol der eigenen Schwäche interpretiert (vgl. Steiger et al. 2017).

(Liquid Feedback), die transnationale Organisation und die dissidente Programmatik. Diese zeigt sich sowohl in der dissidenten Selbstbezeichnung als „Piraten“ wie auch im teilweise weiten Ausscheren gegenüber liberalen Grundpositionen, insbesondere bezogen auf das Copyright-Regime und die Frage digitalen Eigentums.

In Bezug auf strategische Fragen ist mit Blick auf zivilgesellschaftliche Opposition außerdem die Beobachtung wichtig, dass für die erfolgreiche Etablierung von Politiken, die Bildung breiter Allianzen ein wichtiger Faktor zu sein scheint. In der Folge wird seitens der Akteur*innen oft aktiv die Zusammenarbeit mit Parteien und parteinahen Organisationen und/oder auch mit den Unternehmen der Internetwirtschaft gesucht. Neben finanziellen und juristischen Ressourcen ist dabei vor allem die so zu erzielende Reichweite wichtig. Koalitionsfähigkeit muss aber als Stärke wie Hypothek zugleich gelten, da ein systemoppositionelles Agieren so tendenziell unmöglich wird und Kooptationswirkungen bzw. zumindest der Kooptationsvorwurf – etwa bei Allianzen mit den großen Internetfirmen – naheliegen und auch die Bewegungen spalten.

Einen Unterfall strategischer Koalitionsbildung stellen die anhaltenden Bemühungen um den Aufbau transnationaler Koalitionen dar. Diese richten sich meist auf den direkten Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, auf die Diffusion von Themen und Praktiken. Während in Bereichen, in denen es relativ klare politische Adressat*innen oberhalb der Ebene des Nationalstaats gibt – etwa im Bereich europäischer Datenschutz – ein reger Austausch offenbar ist und auch die Herausbildung transnationaler Strukturen beobachtet werden kann – etwa die *European Digital Rights Initiative* (EDRI) –, ist in Feldern, in denen die politischen Bedingungen nationaler orientiert sind, trotz immer wieder unternommener Anläufe eine hohe Frustration zu beobachten.⁴

2.2 Digitaler Ungehorsam

„To radically shift regime behavior we must think clearly and boldly for if we have learned anything, it is that regimes do not want to be changed. We must think beyond those who have gone before us and discover technological changes that embolden us with ways to act in which our forebears could not.“ (Assange 2006) Aktivistisch-offensive Formen digitalen Widerstandes, die im obigen Zitat von Julien Assange anklingen und hier unter dem Label digitaler Ungehorsam verhandelt werden sollen, zeichnen sich dadurch aus, dass sie unmittelbar konfrontativ die sich verfestigende Ordnung des Digitalen zu ändern suchen.⁵ Sie tun dies, indem sie die Formierung von Ordnung mit digitalen Mitteln direkt zu beeinflussen suchen, gegen bzw. außerhalb des Ordnungsrahmens vorgehen und oftmals das Publikum der jeweiligen Aktionen unmittelbar über digitale Ver-

4 Nochmal einen Sonderfall stellt dabei der technisch-infrastrukturelle Kernbereich der Internet Governance dar: Hier existiert ein relativ dichtes Netz an politischen Foren (von ICANN über das IGF bis hin zu stärker regierungsnahen Formaten wie der Freedom Online Coalition) und eine hierin auch stark engagierte Fachcommunity. Der Multistakeholder-Ansatz, der für diesen Politikbereich kennzeichnend ist, führt zu einer starken Einbindung, die aber strukturell eher konservativ ist. Ein konfrontativ-oppositionelles Nutzen der transnationalen Foren ist nicht ausgebildet und es gibt den Vorwurf, dass dies im Effekt den hegemonialen Diskurs verstärkt (vgl. Chenou 2014).

5 Die Einordnung der im Folgenden dargestellten Formen des Widerstands als digitaler Ungehorsam bedarf selbst einer gewissen Rechtfertigung, da die Bezeichnung oft eine Art demokratische Legitimation impliziert, die aus der demokratischen Tradition des zivilen Ungehorsams erwächst. In dieser wird sehr bewusst Recht gebrochen, um auf Unrecht aufmerksam zu machen oder illegitime Macht herauszufordern. Digitaler ziviler Ungehorsam teilt viele Merkmale der klassischen Aktionsformen, trotzdem ist in der Forschungsliteratur umstritten, ob es sich um eine Aktualisierung oder um eine substantielle Weiterentwicklung handelt (vgl. Celikates 2015; Kleger / Makswit 2014; Scheuerman 2014; Züger 2014; 2017). Wir werden in dieser Kontroverse nicht Stellung beziehen, sondern den Begriff beschreibend und deshalb auch in der verkürzten Form – digitaler Ungehorsam statt digitaler ziviler Ungehorsam – verwenden.

breitungs Kanäle aktiv einbeziehen. Drei Variationen des digitalen zivilen Ungehorsams sind zentral und sollen auch hier die Darstellung informieren: *DDosing*, *Leaking*, und *Hacktivismus*.

DDosing, die kollektiv herbeigeführte Überlastung von Kommunikationskanälen mit dem Ziel einer disruptiven Unterbrechung, wird für den digitalen Kontext häufig als am ehesten treffende Analogie zu klassischen Protestformen wie einem Streik oder einer Blockade beschrieben. Ddosing hat als Protesttechnik den Aufstieg internetbasierter Kommunikation begleitet.⁶ Es handelt sich um eine in hohem Maße symbolische Protesttechnik, die Handlungspotentiale von Kollektiven ausdrücken (direct action) und zugleich die Angreifbarkeit scheinbar übermächtiger Institutionen nachweisen soll. Bekannte DDos-Aktivitäten wie *Operation Payback* (Anonymous) – der als Vergeltung apostrophierte Versuch, Intermediären, die in Reaktion auf die Veröffentlichungen von WikiLeaks versuchten, jener Organisation durch den Entzug von Ressourcen die Handlungsmöglichkeiten zu beschneiden, wiederum durch das Lahmlegen von öffentlichen Webseiten beizukommen – illustrieren das Potential der Strategie. Diese besteht insbesondere in der Erzeugung medialer Aufmerksamkeit durch das sichtbare und antagonistische Aufführen von Kritik.

Beim *Leaking*, dem Bekanntmachen vormals geheimer oder vertraulicher Informationen, werden die Vorteile digitaler Techniken anders ausgenutzt. Hier werden umfangreiche und vormals geheime Informationen vollständig und unmittelbar, das heißt oft nicht oder nur begleitend journalistisch aufbereitet, für eine große Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Filterwirkung von klassischen Gatekeeper-Medien kann dabei zumindest im Prinzip umgangen werden (viele bekannte Beispiele, darunter auch die *Snowden-Leaks*, setzen aber bewusst auf journalistische Intermediäre, um Information zu sortieren, zu verifizieren und das eigene Verantwortungsbewusstsein unter Beweis zu stellen). Leaking als Strategie bedient die Idee einer durch Vernetzung geförderten Transparenz von Politik, die offensiv kontrastiert wird mit einer elitendominierten Form der Kommunikation.

Hacktivismus schließlich ist ein Sammelbegriff für Aktionsformen, in denen eine hohe technische Expertise der Protestierenden vorausgesetzt wird. Diese setzen ihre technischen Fähigkeiten ein, um Systeme zu manipulieren oder zu infiltrieren, um so Ungerechtigkeiten zu entlarven, Institutionen bloßzustellen oder Informationen zugänglich zu machen („Leaking documents, expropriating money from banks, and working to secure the computers of ordinary people is ethical hacking“ (Fisher 2016). Die Interaktion mit dem angegriffenen technischen System stellt den Kern der Aktion dar. Die wohl weitverbreitetsten Unterformen des Hacktivismus sind das niedrighschwellige *Defacing* von Webseiten bzw. die Übernahme von Social Media Kanälen: In diesen Fällen zielt die Aktion darauf, durch den Austausch von Informationen auf öffentlichen Kommunikationskanälen der Angegriffenen, genau deren Publikum zu adressieren und auf Probleme aufmerksam zu machen. *Defacing* geht über die reine Blockadewirkung einer DDos-Attacke hinaus, ist aber dementsprechend weniger kollektiv in seiner Natur. Die zweite Unterform ist Hacking mit der Absicht der Erlangung interner Informationen – oft verbunden mit anschließendem Leaking. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist der *Stratfor Hack* (Anonymous, Ver-

6 Für eine ausführliche Einführung und Geschichte vgl. Sauter 2014. In jüngerer Zeit hat DDosing als Protesttechnik deutlich an Bedeutung verloren, da heutige Netzwerktechniken durch koordinierten Protest nicht effektiv auszulasten sind. Erfolgreiche Maßnahmen brauchen daher Hebel, wie etwa Bot-Netze, was wiederum die kollektive Form des Protestes untergräbt, seine Legitimität schwächt und die Kriminalisierung deutlich erleichtert.

öffentlichung u. a. durch WikiLeaks). Hacktivismus in diesem Sinne – dem man durchaus auch noch konstruktive Formen des Hackings als der kreativen Nutzung technischer Möglichkeiten zur Seite stellen müsste – bedient ein antagonistisches Verständnis der Auseinandersetzung mit der sich entwickelnden digitalen Ordnung, eine offensive Form der Selbstverteidigung, die insbesondere auf die Vulnerabilität auch scheinbar unerreichbarer Institutionen aufmerksam machen soll.

Verortet man diese Form(en) digitalen Ungehorsams entlang unseres Rasters, so lässt sich zunächst sagen, dass der Gegenstandsbereich dieser aktivistischen Formen heute überwiegend auf der inhaltlich-kommunikativen Ebene zu verorten ist. Das Wählen dieser konfrontativen Strategien, die für die jeweiligen Aktivist*innen mit großen persönlichen Risiken verbunden sind, setzt eine große Ernsthaftigkeit voraus. Diese wird vor allem dadurch hergestellt, dass große Fragen, wie etwa jene nach Demokratie oder Grund- und Freiheitsrechten in den Mittelpunkt gestellt werden – und dies ungeachtet dessen, dass die Ausdrucksform oft spielerisch bleibt. Die moralisch-gesamtgesellschaftliche Aufladung ist dabei eher ein Produkt neuerer Diskurse (vgl. Coleman 2014). Die klassische Hackerszene argumentierte und handelte noch sehr viel näher an der technischen Basis, der Befreiung der PCs und der Netze von den Großrechnern, dem „Inbegriff technokratisch anonymer Kommunikationsmacht“ (Hempel 2014).⁷

Mit Blick auf die Frage der Adressierung gilt, dass die konfrontativen Strategien des digitalen Ungehorsams als disruptive und damit bewusst nicht-diskursive Strategien gezwungen sind auf die Herstellung und Mobilisierung von Öffentlichkeiten zu setzen. Die Aktionen haben oft einen grellen Charakter und initiieren auch fast immer schon ob ihrer Form transnationale Diskurse. Damit sind sie auch jenseits ihrer unmittelbaren Wirkung von einem nicht zu unterschätzenden Wert für die gemäßigeren Akteur*innen oppositioneller Netzpolitik.

Die Evolution digitalen Ungehorsams bringt dabei permanent neue Formen und Phänomene hervor, wobei jedoch festzuhalten ist, dass sich die Geschwindigkeit in der digitalen Ungehorsam sich neu erfindet und dementsprechend auch Aufmerksamkeit findet, in den letzten fünf Jahren verlangsamt zu haben scheint; die Strategien sich vielleicht sogar teilweise verbrauchen. Ein Grund hierfür kann sein, dass als konfrontativste der hier besprochenen Spielarten des Widerstands digitaler Ungehorsam nicht nur von repressiver Erwidern seitens des Staates, sondern auch von diskursiven Delegitimierungsprozessen betroffen ist (wie bedeutsam diese für Ordnungsbildung und -vorstellungen sein können, hat Helen Nissenbaum (2004) am Beispiel der Figur des Hackers schon früh herausgearbeitet).

2.3 Produktion von Alternativen

Die Produktion von Alternativen ist die dritte hier zu untersuchende Form digitalen Widerstands. In dieser geht es darum, das Potential des Digitalen nicht in einer konfrontativen, sondern in einer produktiven Weise abzurufen. Es sollen Alternativen zu kommerziellen und politischen Hegemonien erzeugt werden. Das Spektrum reicht von freier und of-

7 Ein gutes Beispiel hierfür ist der BTX-Hack des CCC: eine frühe, sehr bekannte Aktion, die sich auf Struktur und Schwächen der damaligen Netzwerkarchitektur richtete und durch einen ‚virtuellen Bankraub‘ Sicherheitsprobleme sowie die Kostenstruktur damaliger Netzwerkarchitektur unmittelbar zum Thema machte (vgl. Züger 2017: 72 ff.).

fener Software (vgl. Coleman 2009; Kely 2008) über das Betreiben von offenen WLAN-Netzen, dem Programmieren und Betreiben von Diensten wie TOR, Mastodon oder XMPP bis hin zur Vermittlung technischer Expertise an Normalnutzer*innen, um offene Strukturen auch zugänglich zu machen.⁸ Strukturell ist dabei ausschlaggebend, dass die Konzipierung, Entwicklung und Bereitstellung digitaler Technik relativ gut skaliert und mit geringen Mitteln eine kritische Reichweite zu erzeugen vermag. So setzt die Schaffung alternativer digitaler Infrastrukturen nicht notwendigerweise bereits eine Organisationsform mit einem hohen Grad an Institutionalisierung oder üppigem Zugriff auf Ressourcen voraus, sondern kann sich auch lokal rhizomatisch vollziehen. Organisationen können solches Handeln stützen und verstetigen – das Spektrum reicht von lokalen Meetup-Gruppen über klassische Hackerorganisationen wie den CCC (vgl. Kubitschko 2015) bis hin zur Mozilla Foundation –, aber das Schaffen von Alternativen sowie deren Vernetzung untereinander erfolgt durch digitale Mittel niedrighschwelliger und ist weniger lokal gebunden. Dies korrespondiert mit einem unter Programmier*innen verbreiteten problemlösungsorientierten Habitus, im Zweifelsfall lieber eine alternative Lösung umzusetzen (vgl. Tilley / Rochko 2018). Diese strukturellen Faktoren können durchaus mit den auf Geschäftsmodellen basierenden Positionen in Spannung geraten oder gar deren Rationalität unterlaufen – etwa wenn es gelingt, die fehlende Interoperabilität kommodifizierter Plattformen in ihren Begrenzungen bloßzustellen.

Die Strategie, alternative Infrastruktur zu entwickeln, setzt hauptsächlich an der infrastrukturell-technischen Ebene digitaler Ordnungsbildung an. Beispiele wären das TOR-Projekt, das dezentrale ‚social networking‘-Protokoll *activitypub*, oder P2P-Netzwerke im Allgemeineren. Auch Praktiken wie *Cryptoparties*, die befähigen und demonstrieren, wie man sich Überwachung entzieht, sind, im Sinne eines „doing infrastructures“, Elemente einer solchen aktiven Transformation der infrastrukturell-technischen Ebene (vgl. Star / Ruhleder 1996). Ein etwas stärker auf die inhaltlich-kommunikative Ebene zielendes Projekt wäre hingegen *Mastodon*, eine twitterähnliche, aber dezentrale Kommunikationsplattform, deren dezidiert föderale Struktur damit begründet wird, dass durch sie alternative Foren, Gesprächskulturen und -regularien einen Ort erhalten (vgl. Zuckerman 2017). Die inhaltlich-kommunikative Ebene wird hier eher indirekt in einer Art utopischer Ausblick angesprochen, wenn der Gesellschaft im Ganzen andere Vergesellschaftungsmodi vorgeschlagen werden (*peer production*, Wikipedia, Indymedia). Dieses zu erreichen, soll aber vermittels eines infrastrukturell-technischen Instrumentariums vorbereitet werden, welches das unregulierte Moment als Grundbaustein kreativen wie solidarischen Handelns hervorzuheben sucht. Transnationalität ist dabei immer mitgedacht, da die Strukturen in Hinsicht auf ihre technologische Genese wie ihre Nutzung offen gehalten werden, was dezentrale Entwicklungs- und Verteilungsmodi umschließt oder auch rechtliche Konstruktionen (etwa Lizenzmodelle), die sowohl staatliche Modifikation wie kommerzielle Aneignung verhindern sollen.

Im Unterschied zu zivilgesellschaftlicher Oppositionspolitik wie digitalem Ungehorsam zielt die Produktion von Alternativen insofern durchaus direkt auf eine Veränderung

8 Im Allgemeinen werden solche alternativen Strukturen nicht kriminalisiert oder auch nur als Widerstand wahrgenommen, sondern stehen oft im Austausch mit der etablierten Ordnung oder können sogar ein zentrales Element von Infrastrukturen sein. Auch in diesem Bereich kommt es aber teilweise zu Kriminalisierung, wie sich etwa in der Entwicklung von peer-2-peer Netzwerken nachzeichnen lässt, die aufgrund ihrer Bedeutung für File-Sharing sehr weitreichend kriminalisiert wurden (s. PirateBay oder die Person Kim Dotcom).

hegemonialer Strukturen. Das Potential einer autonomen „productive freedom“ soll freigesetzt werden (Coleman 2012: 3), was heißt, dass die Ausweitung von Alternativen selbst wieder suggestiv wirken soll: Sie zielt auf soziale Expansion und präfigurative Änderung auf der gesellschaftlichen Nachfrageseite (vgl. Berg / Staemmler i.E.; Kelty 2008). Initiativen dieser Richtung sind – im Gegensatz zur Kultur der Start-Ups – daher gerade darauf ausgelegt, zentripetalen und normierenden Strukturen zu entkommen (vgl. Barabas / Narula / Zuckerman 2017). Widerstand wird also im *Exit*-Modus institutioneller Politik ausgeübt, die integrative Problembearbeitung (*voice*) verlagert sich damit auf den Bereich direkter technischer Entwicklung (Hirschmann 1970). Dass eine solche Strategie durchaus Erfolge zeigen kann, darauf verweist die „emergence of working anarchies“ (Benkler 2013), die für Teile der Internetentwicklung als durchaus charakteristisch gelten kann (das bekannteste Beispiel ist die Wikipedia). Diese Enklaven – oder: experimentelle Inseln des Politischen – bleiben wichtige Motoren utopischer Kreativität und Schutzräume gegen Schließungstendenzen digitaler Ordnungsbildung; in ihnen wird Argumentation nicht nur klassisch diskursiv, sondern gerade auch im Sinne eines „argument-by-technology“ vollzogen (Kelty 2005: 186), was sie schon als solche für Politische Theorie interessant macht. Um sie zu erhalten, wird es aber notwendig sein, ihre Entstehungs- und Subsistenzbedingungen zu schützen, die durch technische, soziale und rechtliche Entwicklungen bedroht sind.

2.4 Zwischenfazit: Widerstand als performative Praxis der Politisierung

Nachdem wir nun ein Panorama der Formen und Entwicklungen im Bereich des digitalen Widerstands erarbeitet haben, stellt sich im nächsten Schritt die Frage, welche Folgerungen sich aus der Entwicklung ziehen lassen. Ein theoretisch-analytischer Mehrwert der ausgeweiteten Betrachtung ergibt sich schließlich erst, wenn es mittels dieser Rekonstruktion auch möglich wird, etwas allgemeiner nachzuvollziehen, welche Bedeutung digitalem Widerstand zukommt und wie sich in diesem mögliche Schließungstendenzen in der digitalen Konstellation abzeichnen (vgl. grundsätzlich zu Öffnungs- und Schließbewegungen von Medien: Wu 2010).

Welche allgemeinen Tendenzen in und zwischen den drei oben beschriebenen Formen lassen sich beobachten? In den von uns vorab formulierten Untersuchungsdimensionen – Konfliktgegenstand und strategische Adressierung – ergibt sich mit etwas Abstand ein interessantes Bild: So wird die inhaltlich-kommunikative Ebene eindeutig und in allen drei Bezügen immer bedeutsamer, was zum einen daran liegen mag, dass es gewissermaßen der Witz von Infrastrukturen ist, dass sie durch ihre Institutionalisierung mit dem gesellschaftlichen Hintergrund verschmelzen. Zugleich aber erscheint die Rejustierung des Fokus auf die inhaltlich-kommunikative Ebene durchaus als Ergebnis einer bewussten strategischen Ausrichtung der Akteure. Als Grund hierfür lässt sich vermuten, dass die digitale Durchdringung von Politik und Gesellschaft im Allgemeinen dazu geführt hat, dass Politikformulierung in diesen Fragen nicht mehr in dem Maße wie früher als Expertendiskurs funktioniert, sondern sich integrativer und erfahrungsorientierter zu geben hat. Auch die Entwicklung des digitalen Kapitalismus und die Möglichkeit, insbesondere die großen, transnational aufgestellten Internetkonzerne als Adressaten von Kritik zu benennen, haben die Fokussierung auf die inhaltlich-kommunikative Ebene bestärkt. Die infrastrukturell-technische Ebene wird nunmehr mitgedacht, verliert aber als eigenständige oder

vorgelagert gedachte Instanz an Bedeutung – zumal der Glaube an die technisch induzierte Realisierung gesellschaftlicher Utopien stark gelitten hat.

Mit Blick auf die strategische Ausrichtung der Akteur*innen lässt sich eine weniger einheitliche, aber doch interessante Beobachtung festhalten: In den Formen Produktion von Alternativen und digitaler Ungehorsam ist der Schwerpunkt auf die Generierung von Öffentlichkeit durch die aktivistische Form gewissermaßen eingeschrieben. Alternative Infrastrukturen folgen dabei zwar Konjunkturen – ablesbar etwa an Schwerpunktsetzungen von Engagement zunächst auf der Betriebssystem-Ebene (Linux), später auf Browser-(TOR) oder Messenger-Ebene (Signal) –, der Bereich als Ganzer ist in seiner Extension aber verhältnismäßig konstant und auf ein relativ überschaubares Feld digitalpolitisch Interessierter beschränkt. Diese verfügen über einen zwar begrenzten, für ihr Feld aber stark prägenden Einfluss. Der infrastrukturell-technische Charakter, der auch inhaltlich-kommunikativen Initiativen eingeschrieben bleibt, erlaubt es, dass die Erfahrungen und politische Handlungsweisen sich stabilisieren und Anschlussmöglichkeiten für weitere politische Aktivitäten eröffnen – ein Aspekt, den die Aktivist*innen in Form von *interoperability* und offenen Strukturen auch demonstrativ ausflaggen und politisch zu deuten suchen (vgl. Ettliger 2018). Diesem selbststabilisierenden Potential entgegen steht der Umstand, dass die zentrifugalen Kräfte der hegemonialen Konstellation sich wieder und wieder in der Lage gezeigt haben, alternative Infrastrukturen zu absorbieren (s. Linux), zu kooptieren (s. GitHub) oder zu marginalisieren (s. Diaspora). Wir haben es daher eher mit Inseln des Politischen zu tun, die in einem Prozess strukturell depolitizierter Ordnungsbildung beständig vor Erosion zu schützen sind.

In Blick auf digitalen Ungehorsam ist eine deutliche Konjunktorentwicklung erkennbar, wobei die Jahre um 2010 als Höhepunkt dieser Widerstandsform zu gelten haben. In diesen Jahren war sowohl das öffentliche Interesse als auch die Möglichkeit zu handeln, maximiert. Ursachen für die folgende Abschwächung, die spätestens ab 2015 dann auch öffentlich erkennbar ist, ist zum einen, dass konfrontative Formen digitalen Ungehorsams – auch aufgrund ihrer Erfolge – in hohem Maße und explizit kriminalisiert werden;⁹ zum anderen aber auch, dass die genutzten Techniken selbst Abnutzungseffekte hervorbringen. Dies gilt sowohl in Bezug auf die öffentliche Beachtung für die Form des Protestes (wie sie etwa im abnehmenden Interesse für Leaking offenbar wird, s. die Panama Leaks) als auch in Bezug auf deren technische Anwendbarkeit (s. etwa die dargestellten Schwierigkeiten einzelner Strategien wie DDosing). Die zunehmende öffentliche Vertrautheit mit den vormals ‚neuen‘ Strategien des digitalen Ungehorsams wie auch die Kritik an diesen ist nunmehr etabliert, was Möglichkeiten und Wert des Widerstands zu reduzieren scheint. Natürlich ist es möglich, dass hier neue Formen gefunden werden – in den letzten Jahren wurde es jedoch zunehmend stiller um solche Formen des digitalen Aktivismus.

9 Die Beispiele hierfür sind Legion, sie reichen von Julian Assange und Anonymous bis hin zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrat gegen die Netzpolitik-Blogger Markus Beckedahl und Andre Meister. Auffällig ist dabei insbesondere, wie wenig Sanktionierungen digitalen Ungehorsams sich zu dem realen Schaden relationieren lassen, den diese Strategien anzurichten in der Lage sind (vgl. Coleman 2014; Karagiannopoulos 2018; vgl. auch die dreiteilige Kritik an der Hacktivismus-Studie des BKA: Züger / Haase 2016). Die heftigen Reaktionen lassen sich zwar auch als eine Form der Schwäche deuten, da sie zeigen, wie wenig gefestigt der Ordnungsanspruch der hybriden Koalition aus Staaten und privatwirtschaftlichen Akteuren in der digitalen Konstellation ist – in langer Sicht befestigen sie aber das sich herausbildende Arrangement der digitalen Ordnung.

Auch im Bereich der zivilgesellschaftlichen Opposition ist eine abschwächende Konjunktur zu verzeichnen, obwohl sie sich hier an einer anderen strategischen Ausrichtung ablesen lässt. Die spätestens ab 2005 zu verzeichnende Ausweitung und Professionalisierung netzpolitischer Angelegenheiten hat *in the long run* eine stärkere Orientierung an politischen Entscheidungsgremien bewirkt. Netzpolitik etabliert sich in dieser Phase als Politikfeld, das länder- und parteiübergreifend zumindest für eine gewisse Zeit durch die zivilgesellschaftlich gesetzte Agenda geprägt werden konnte (Reiberg 2018). In Kernthemen – wie Netzregulierung oder Bürgerrechten – kommt zivilgesellschaftlicher Netzpolitik öffentliche und politische Autorität zu. Politische Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene haben sich hier in vielen Konflikten als verhältnismäßig offen erwiesen. Dabei fällt jedoch auf, dass zivilgesellschaftliche Oppositionspolitik insbesondere dann erfolgreich war, wenn sie in ihrem Widerstand entweder auf eine Übereinstimmung mit den Geschäftsinteressen großer Digitalunternehmen oder auf Kooperation mit staatlichen Akteur*innen setzen konnte, sie also mehr Oppositions- als Widerstandscharakter hatte. Fehlte diese Allianzbildung oder war sie weniger ausgeprägt, wie etwa beim Thema staatlicher Überwachung oder bei Regulierungsfragen im Feld digitaler Märkte, lassen sich Depolitisierungserfahrungen beobachten, die einem „digitalen Stockholmsyndrom“ gleichen (Maschewski / Nosthoff 2018). Es scheint, dass Politisierungsbewegungen oppositioneller Netzpolitik, die sich sowohl gegen staatliche (Sicherheits-)Dispositive als auch gegen ökonomische Interessenlagen der Großkonzerne richten, für sich genommen nur sehr begrenzt Einfluss nehmen können – oder wollen (vgl. Glaser 2018). Nach 2015 hat gerade die Frustration mit den Möglichkeiten der Politikformulierung wieder stärker zu einer Rückbesinnung auf Öffentlichkeitserzeugung geführt, bisher aber nur mit begrenzten Mobilisierungserfolgen. Zivilgesellschaftliche Opposition scheint an direktem Einfluss wie an Agenda-Setting-Möglichkeiten zu verlieren.

Nimmt man zusätzlich auch wieder die Frage nach der transnationalen Strukturierung hinzu, so verschärft sich das Problem: In dieser Dimension fehlt es noch einmal mehr an den institutionellen Foren und Akteur*innen, die selbst eine erfolgreich induzierte öffentliche Debatte responsiv in Ordnungsimpulse übersetzen könnte. So liefern Widerstandsdiskurse zwar mobilisierende Narrative und formulieren normativ überzeugende, auch gesellschaftlich anschlussfähige Ansatzpunkte, die Diskurse drohen jedoch zu verpuffen – und damit auf lange Sicht sogar wieder Depolitisierungstendenzen zu verstärken.

3. Herrschaft? Einige politiktheoretische Schlussfolgerungen

Worin aber bestehen nun die politiktheoretischen Implikationen dieser Rekonstruktion? Wir haben eingangs dieses Textes argumentiert, dass eine empirische und breite Informierung des Diskurses, wie wir sie hier unternommen haben, uns dazu in die Lage versetzen kann, über die Herausbildung von Ordnung bzw. Herrschaft in der digitalen Konstellation anders nachzudenken als bisher. Wie dies konkret gelingen kann, ist nun abschließend zu zeigen.

Wenn Politische Theorie bisher über Widerstand in der digitalen Konstellation nachgedacht hat, dann zumeist in alleiniger Auseinandersetzung mit dem digitalen zivilen Ungehorsam (vgl. u. a. Cammaerts 2007; Scheuerman 2014; Asenbaum 2018); wenn sie über Herrschaft nachgedacht hat, dann vor dem Hintergrund einer sich verändernden Qualität dieser aufgrund der Entstehung neuer Herrschaftsakteur*innen (vgl. Zuboff 2019;

Beer 2019) oder der gesteigerten Invasivität der Herrschaftsmethoden (vgl. Rouvroy 2011; Stahl 2016; Mühlhoff 2018). Nimmt man aber die hier geleistete Rekonstruktion der Formen und Entwicklung des digitalen Widerstands als Startpunkt, so zeigt sich, dass ein zentrales Problem der sich verfestigenden Ordnung der digitalen Konstellation das Verschwinden des Politischen zu werden droht. Dieser Befund muss angesichts der großen Diversität, der Vehemenz und auch der Erfolge des oben beschriebenen digitalen Widerstands zunächst überraschen. Er wird jedoch plausibel, wenn man die Entwicklungslinien fokussiert, wie sie sich gerade in den letzten fünf Jahren abzeichnen. Die Möglichkeiten, demokratisch Zugriff auf die Schließungsmechanismen von Ordnung in der digitalen Konstellation zu erhalten, scheinen ebenso wie die Räume zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung im Schrumpfen begriffen.

Woran sieht man das? Die Differenzierung zwischen technisch-infrastruktureller und inhaltlich-kommunikativer Dimension in der Rekonstruktion digitalen Widerstands hat nachvollziehbar gemacht, wie die Auseinandersetzung sich von der technisch-infrastrukturellen Ebene weg hin zu einer eher inhaltlich-kommunikativen Auseinandersetzung verschiebt. Dies hat – wie oben gezeigt – strategische Gründe, aber es schafft zugleich Probleme: So nimmt die reale Bedeutung der strukturierenden Wirkung technischer Infrastrukturen eher zu als ab, was sich in Entwicklungen wie dem Mobilfunk – der wesentlich mehr Möglichkeiten zu Kontrolle und Identifizierung leistet, s. die 5G-Diskussion, der Automatisierung gesellschaftlicher Kommunikation mittels maschinellen Lernens oder auch dem Schließen von *walled gardens* – wie sie etwa Apple, Google oder Facebook zu dauerhafter Monetarisierung schaffen – überdeutlich zeigt. Eine politische Sensibilität für die Dimension technischer Gestaltung, bleibt daher zentral (vgl. Buckermann / Koppenburger 2017; Hofmann 2019). Akteur*innen des digitalen Widerstands haben dies eigentlich immer gewusst, doch die Gefahr besteht, dass dieser Aspekt ihrer Politiken überlagert wird (ein Beispiel lässt sich im vordergründigen Siegeszug eines so zentralen Forums des digitalen Aktivismus wie der *re:publica* erkennen, der eben erkaufte wird mit einer deutlichen thematischen Transformation hin zu ‚weichen‘ Anliegen). Es gilt, die Vielfalt der Beschäftigungsweisen gezielt zu fördern. Und dies obwohl oder gerade weil sich gezeigt hat, dass die infrastrukturell-technische Ebene ungleich schwerer zu politisieren ist und depolitisierende Entwicklungen im Gang sind. Dazu zählt etwa die Entwicklung hin zu einem Plattformkapitalismus, der Technologien immer mehr als Service – und damit als für dezentrale Veränderung unzugänglich – anbietet (vgl. Srnicek 2016).

Die Herausforderung zeigt sich auch, wenn man die zweite analytische Perspektive unserer Rekonstruktion als Startpunkt wählt: die strategische Adressierung. Auch hier ist der Befund zunächst nicht so negativ. Das Handlungsrepertoire wie der Einfluss digitalen Aktivismus ist hoch, was sich zunächst auch ganz eindeutig in Politisierungserfolge übersetzte. In westlichen Demokratien gibt es eine insgesamt breite Öffentlichkeit und Akzeptanz sowie eine große mediale Aufmerksamkeit für netzpolitische Themen; auch sind viele der dezentral entwickelten Infrastrukturen von Linux bis Wikipedia so stabil wie wichtig (vgl. Benkler 2016). Doch auch hier besteht in jüngerer Zeit der Eindruck, dass Widerstand sich in allen drei untersuchten Formen in einem gewissen Maße zu Tode siegt: Es gelingt – wenn auch zuletzt etwas weniger –, Themen zu setzen und eine gewisse öffentliche Mobilisierung herbeizuführen. Jedoch gelingt es nicht, Politiken zu verändern oder politische Responsivität zu erzeugen. Das jüngste Beispiel ist die Auseinandersetzung um Art. 11 und Art. 13 der EU-Urheberrechtsreform, wo zwar ein breiter zivilgesellschaftlicher Schulterschluss sowie vielgestaltige, auch viel Aufmerksamkeit generierende Protes-

te entstanden, man sich jedoch letztlich – ähnlich wie schon im Nachgang der Snowden-Enthüllungen – aufgrund des fehlenden Einflusses auf die legislative Politikgestaltung als ausgeschlossen und machtlos empfand (vgl. Becketdahl 2019). Systematisch reflektiert zeigt sich dies etwa in der Frage nach der überstaatlichen Ebene, der transnationalen Dimension des Widerstands. Dieser kommt potentiell enorme Bedeutung zu, da das Ideal der gegen-hegemonialen Widerstandsbewegungen lautet, ein offenes, globales und demokratisches Medium zu schaffen. Diese transnationale „Verheißung“ der demokratischen, soziotechnischen Gestaltung (Turner 2019) ist dem anarchisch-rebellischen DIY-Charakter von Computerbewegungen wie dem CCC oder FiFF (Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung) ebenso tief eingeschrieben ist wie der breiteren netzpolitischen Zivilgesellschaft oder den Gallionsfiguren des Aktivismus von Chelsea Manning über Richard Stallman und Aaron Swartz bis hin zu Julien Assange. Und doch gelingt es nicht, eine politische Ebene oberhalb der Nationalstaaten zu etablieren, die es erlauben würde, effektiv Einfluss in diese Richtung zu nehmen. Ansätze hierzu – am weitesten entwickelt etwa die Multistakeholder-Architektur der globalen *Internet Governance* oder Themen wie Datenschutz und Digitalsteuer auf europäischer Ebene – bleiben sehr partiell und die umgekehrte Tendenz einer Renationalisierung und Verstaatlichung bei zeitgleicher Versicherheitlichung von allen Fragen der Digitalpolitik ist seit mindestens zehn Jahren deutlich gewichtiger. Ein Widerstand aber, der selbst im Erfolgsfall hauptsächlich Öffentlichkeits- und Bewusstseinsbildung erzeugt, tut sich schwer, der emergenten Ordnung des Digitalen mehr als symbolische Zugeständnisse abzutrotzen. Die offene, vernetzte Struktur und der kosmopolitische Horizont der meisten Akteur*innen des digitalen Widerstands kann somit zu einer steten Quelle von Frust und depolitisierenden Erfahrungen werden, solange eine für die digitale Konstellation passende, politische Ebene der Begleitung und Formulierung digitaler Ordnung nicht geschaffen werden kann.¹⁰

Arbeitet man – mittels der perspektivischen Entscheidung Widerstand ernst zu nehmen und breiter zu rekonstruieren – also die depolitisierende Wirkung der Ordnungsbildung in der digitalen Konstellation heraus, so wird klar, dass der Herrschaftsdiskurs der digitalen Konstellation eben nicht mehr nur über Mittel und Akteur*innen geführt werden sollte, wie dies in der Politischen Theorie noch fast ausschließlich geschieht. Wenn die digitale Ordnungsbildung entpolitisiert wird, läuft dies auf eine Restrukturierung von Handlungs- und Möglichkeitsräumen im Umgang mit digitaler Technik heraus, auf den Verlust des politischen Potentials, in ihnen das Bestehende auch „aus der Distanz der Andersdenkbarkeit erfahren“ zu können (Popitz 1986: 12; Greven 2010). Die digitale Gestaltung des Gemeinwesens ist keine externe, technizistische Herausforderung des Politischen, es ist vielmehr die soziotechnische und höchst politische Gestaltung, wie sie gegenwärtig in Schließungsprozessen zum Ausdruck kommt, die uns interessieren muss. Digitaler Widerstand zeigt uns wieder und wieder, dass hier eine Bewährungsprobe für die demokratische Form des Regierens und Regiertwerdens entsteht und die Politikwissenschaft sollte dies ernster nehmen, analytisch wie normativ.

10 Selbstverständlich sind es nicht nur diese beiden Entwicklungen, die ein zunehmendes Herrschaftsproblem illustrieren; diese stellen nur die wichtigsten Ergebnisse aus der von uns gewählten Perspektive dar. Untersucht man Herrschaft und Herrschaftsstrategien unmittelbar, so wäre auch deutlich mehr über Kriminalisierung und Repressionsstrategien zu sagen und es müsste stärker über das Verschwinden von Gestaltungsräumen im Zuge der Kolonialisierung subsidiärer Organisationsräume durch Kommerzialisierung oder das, zudem teilweise automatisierte, *Policing* von Kommunikationskanälen nachgedacht werden.

Mut macht, dass in Bezug auf die politiktheoretische Erörterung folgt, dass ihr gewissermaßen klassischer Fokus auf Institutionen und deren gesellschaftliche Kontestierbarkeit keineswegs passé ist. Die Frage von Herrschaft erschöpft sich nicht in Machtmitteln, sondern umschließt immer die Suche nach Prozessen und Möglichkeiten der Legitimation, die mit Politisierung und Kontestierbarkeit verbunden ist (vgl. Volk 2017). Die Frage, die sich stellt, ist also, wie es gelingen kann, auch Digitalisierung als gesellschaftlichen Prozess erfahrbar und demokratischer Beteiligung zugänglich zu machen. In der Erörterung solcher Fragen liegt ein großes, nicht zuletzt republikanisches Potential (Thiel 2017); dieses viel offensiver und ohne falsche Scheu vor der angenommenen technischen oder empirischen Komplexität des Themas zu artikulieren, wird eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben Politischer Theorie sein.

Literatur

- Asenbaum, Hans, 2018: Cyborg Activism. Exploring the Reconfigurations of Democratic Subjectivity in Anonymous. In: *New Media & Society* 20 (4), 1543–1563.
- Assange, Julien, 2006: Conspiracy as Governance / State and Terrorist Conspiracies; <https://cryptome.org/0002/ja-conspiracies.pdf>, 13.09.2019.
- Baecker, Dirk, 2018: 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt, Leipzig.
- Barabas, Chelsea / Narula, Neha / Zuckerman, Ethan, 2017: Defending Internet Freedom through Decentralization; <https://dci.mit.edu/decentralizedweb>, 13.09.2019.
- Beckedahl, Markus 2019: Chance verpasst: Dieses Urheberrecht bleibt in der Vergangenheit stecken; <https://netzpolitik.org/2019/chance-verpasst-dieses-urheberrecht-bleibt-in-der-vergangenheit-stecken/>, 04.10.2019.
- Beer, David, 2019: *The Data Gaze. Capitalism, Power and Perception*, Thousand Oaks, CA.
- Benkler, Yochai, 2013: Practical Anarchism. Peer Mutualism, Market Power, and the Fallible State. In: *Politics & Society* 41: 2, 213–251.
- Benkler, Yochai, 2016: Degrees of Freedom, Dimensions of Power. In: *Daedalus* 145 (1), 18–32.
- Bennett, Colin J., 2010: *The Privacy Advocates: Resisting the Spread of Surveillance*, Cambridge, MA.
- Bennett, W. Lance / Segerberg, Alexandra, 2012: The Logic of Connective Action. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), 739–768.
- Berg, Sebastian / Rakowski, Niklas / Thiel, Thorsten, 2020: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00207-6>.
- Berg, Sebastian / Staemmler, Daniel, i. E.: Zur Konstitution der digitalen Gesellschaft. Alternative Infrastrukturen als Element demokratischer Digitalisierung. In: Isabelle Borucki / Jürgen Neyer / Michael T. Oswald (Hg.), *Demokratietheorie und Demokratie im Lichte des digitalen Wandels*, Wiesbaden.
- Breindl, Yana, 2019: Die digitale Bürgerrechtsbewegung: Akteure, Strategien und Themen. In: Andreas Busch / Yana Breindl / Tobias Jakobi (Hg.), *Netzpolitik: Ein einführender Überblick*, Wiesbaden, 141–162.
- Buckermann, Paul / Koppenburger, Anne, 2017: Technologie, Fortschritt, Strategie. In: Anne Koppenburger / Paul Buckermann / Simon Schaupp (Hg.), *Kybernetik, Kapitalismus, Revolution. Emanzipatorische Perspektiven im technologischen Wandel*, Münster, 23–49.
- Cammaerts, Bart 2007: Jamming the Political: Beyond Counter-Hegemonic Practices. In: *Continuum* 21 (1), 71–90.
- Celikates, Robin, 2015: Digital Publics, Digital Contestation: A new structural transformation of the Public Sphere? In: ders. / Regina Kreide / Tilo Wesch (Hg.), *Transformations of Democracy. Crisis, Protest and Legitimation*, London, 159–176.
- Chenou, Jean-Marie, 2014: From Cyber-Libertarianism to Neoliberalism. Internet Exceptionalism, Multi-Stakeholderism, and the Institutionalisation of Internet Governance in the 1990s. In: *Globalizations* 11 (2), 205–223.

- Coleman, Gabriella, 2009: Code Is Speech: Legal Tinkering, Expertise, and Protest Among Free and Open Source Software Developers. In: *Cultural Anthropology* 24 (3), 420–454.
- Coleman, Gabriella 2012: *Coding Freedom: The Ethics and Aesthetics of Hacking*, Princeton.
- Coleman, Gabriella, 2014: *Hacker, Hoaxer, Whistleblower, Spy. The Many Faces of Anonymous*, London.
- Couldry, Nick / Hepp, Andreas, 2016: *The Mediated Construction of Reality*, Cambridge / Malden.
- Daase, Christopher 2014: Was ist Widerstand? Zum Wandel von Opposition und Dissidenz. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27, 3–9.
- Daase, Christopher / Deitelhoff, Nicole, 2017: Opposition und Dissidenz in der Weltgesellschaft – Zur Rekonstruktion globaler Herrschaft aus dem Widerstand. In: dies. / Ben Kamis / Jannik Pfister / Philip Wallmeier (Hg.), *Herrschaft in den Internationalen Beziehungen*, Wiesbaden, 121–150.
- de Lagasnerie, Geoffroy, 2016: *Die Kunst der Revolte: Snowden, Assange, Manning*, Berlin.
- DeNardis, Laura, 2012: Hidden Levers of Internet Control. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), 720–738.
- Deibert, Ronald J., 2013: *Black Code: Surveillance, Privacy, and the Dark Side of the Internet*, Toronto.
- Dobusch, Leonhard, 2014: *Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland: Stand und Perspektiven 2014* (Discussion Paper).
- Dolata, Ulrich, 2015: Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne. In: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (4), 505–529.
- Ettlinger, Nancy, 2018: Algorithmic Affordances for Productive Resistance. In: *Big Data & Society* 5 (1).
- Fisher, Phineas, 2016: Hack Back! Online: <https://pastebin.com/raw/0SNSvyjJ>, 31.10.2018.
- Galloway, Alexander R., 2004: *Protocol. How Control Exists after Decentralization*, Cambridge, MA.
- Ganz, Kathrin, 2015: Zehn Jahre Netzbewegung. Konflikte um Privatheit im digitalen Bürgerrechtsaktivismus vor und nach Snowden. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 28 (3), 35–45.
- Glaser, April, 2018: The Watchdogs That Didn't Bark. In: *Slate* vom 19.4.2018; <https://slate.com/technology/2018/04/why-arent-privacy-groups-fighting-to-regulate-facebook.html>, 31.10.2018
- Greven, Michael Th., 2010: Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In: Thomas Bedorf / Kurt Röttgers (Hg.): *Das Politische und die Politik*, Berlin, 68–101.
- Haunss, Sebastian / Hofmann, Jeanette, 2015: Entstehung von Politikfeldern – Bedingungen einer Anomalie. In: *der moderne staat – dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 8 (1), 29–49.
- Hepp, Andreas, 2016: Pioneer Communities: Collective Actors in Deep Mediatization. In: *Media, Culture & Society* 38 (6), 918–933.
- Hempel, Leon, 2014: Technisierter Protest, Hacking und die Absorptionskraft des Designs. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (4), 112–121.
- Hirschman, Albert O., 1970: *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge.
- Hofmann, Jeanette / Kniep, Ronja, 2018: Die Pop-Karriere der deutschen Netzpolitik: Eine Erfolgsgeschichte? (re:publica, 04.05.2018); <https://18.re-publica.com/en/session/pop-karriere-deutschen-netzpolitik-erfolgsgeschichte>, 08.12.2019
- Hofmann, Jeanette, 2019: Mediated democracy – Linking digital technology to political agency. In: *Internet Policy Review* 8 (2).
- Hösl, Maximilian, 2019: *Semantics of the internet: a political history*. In: *Internet Histories*, online first.
- Karagiannopoulos, Vasileios, 2018: *Living With Hacktivism: From Conflict to Symbiosis*, New York.
- Kelty, Christopher, 2005: Geeks, Social Imaginaries, and Recursive Publics. In: *Cultural Anthropology* 20 (2), 185–214.
- Kelty, Christopher, 2008: *Two Bits: The Cultural Significance of Free Software*, Durham.
- Kleger, Heinz / Makswitat, Eric, 2014: Digitaler Ungehorsam Wie das Netz den zivilen Ungehorsam verändert. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (4), 8–17.
- Kubitschko, Sebastian, 2015: The Role of Hackers in Countering Surveillance and Promoting Democracy. In: *Media and Communication* 3 (2), 77–87.

- Maschewski, Felix / Nosthoff, Anna-Verena, 2018: „Passivität im Kostüm der Aktivität“. Über Günther Anders' Kritik kybernetischer Politik im Zeitalter der „totalen Maschine“. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 11 (1), 8–25.
- Mühlhoff, Rainer, 2018: Digitale Entmündigung und *User Experience Design*. Wie digitale Geräte uns nudgen, tracken und zur Unwissenheit erziehen. In: *Leviathan* 46 (4), 551–574.
- Mueller, Milton, 2019: Against Sovereignty in Cyberspace. In: *International Studies Review*, online first.
- Nassehi, Armin, 2019: *Muster: Eine Theorie der digitalen Gesellschaft*, C. H. Beck.
- Nissenbaum, Helen, 2004: Hackers and the Contested Ontology of Cyberspace. In: *New Media & Society* 6 (2), 195–217.
- Passoth, Jan-Hendrik, 2017: Hardware, Software, Runtime. Das Politische der (zumindest) dreifachen Materialität des Digitalen. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 10 (1), 57–73.
- Pohle, Julia, 2019: Abgesang der Netzpolitik. Rückblick auf ein Politikfeld im Wandel. In: *Politische Vierteljahresschrift* 60 (3), 647–650.
- Pohle, Julia / Thiel, Thorsten 2019: Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses. In: Isabelle Borucki / Wolf Schünemann (Hg.), *Internet und Staat. Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung*, Bd. 127, Baden-Baden, 35–56.
- Popitz, Heinrich, 1986: *Phänomene der Macht: Autorität, Herrschaft, Gewalt*, Technik, Tübingen.
- Reckwitz, Andreas, 2017: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin.
- Reiberg, Abel, 2018: *Netzpolitik. Genese eines Politikfeldes*, Baden-Baden.
- Rouvroy, Antoinette 2011: Technology, virtuality and utopia. Governmentality in an age of autonomic computing. In: Hildebrandt, Mireille / Rouvroy, Antoinette (Hg.), *Law, Human Agency and Autonomic Computing*, Abingdon, New York, 119–140.
- Sauter, Molly, 2014: *The Coming Swarm. DDoS Actions, Hacktivism, and Civil Disobedience on the Internet*, New York.
- Scheurman, William E. 2014: Whistleblowing as Civil Disobedience. The Case of Edward Snowden. In: *Philosophy & Social Criticism* 40 (7), 609–628.
- Sprenger, Florian 2015: *Politik der Mikroentscheidungen. Edward Snowden, Netzneutralität und die Architekturen des Internets*, Lüneburg.
- Srnicek, Nick 2016: *Platform Capitalism*, Cambridge.
- Stahl, Titus 2016: Indiscriminate Mass Surveillance and the Public Sphere. In: *Ethics and Information Technology* 18 (1), 33–39.
- Star, Susan Leigh / Ruhleder, Karen, 1996: Steps Toward an Ecology of Infrastructure. Design and Access for Large Information Spaces. In: *Information Systems Research* 7 (1), 111–134.
- Steiger, Stefan / Schünemann, Wolf J. / Dimmroth, Katharina, 2017: Outrage without Consequences? Post-Snowden Discourses and Governmental Practice in Germany. In: *Media and Communication* 5 (1), 7–16.
- Thiel, Thorsten 2017: Digitalisierung als Kontext politischen Handelns. Republikanische Perspektiven auf die digitale Transformation der Gegenwart. In: Thorsten Thiel / Daniel Jacob (Hg.), *Politische Theorie und Digitalisierung*, Baden-Baden, 189–216.
- Tilley, Sean / Rochko, Eugen: One Mammoth of a Job: An Interview with Eugen Rochko of Mastodon; <https://medium.com/we-distribute/one-mammoth-of-a-job-an-interview-with-eugen-rochko-of-mastodon-23b159d6796a>, 01.10.2019.
- Turner, Fred, 2006: *From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*, Chicago.
- Volk, Christian, 2017: Why we protest – Zur politischen Dimension transnationaler Protestbewegungen. In: Christopher Daase / Nicole Deitelhoff / Ben Kamis / Jannik Pfister / Philip Wallmeier (Hg.), *Herrschaft in den Internationalen Beziehungen*, Wiesbaden, 151–177.
- Wendelin, Manuel / Löblich, Maria, 2013: Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure in der Internetpolitik. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 61 (1), 58–75.
- Wu, Tim, 2011: *The Master Switch: The Rise and Fall of Information Empires*, New York.
- Zuboff, Shoshana, 2019: *The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*, New York.

- Zuckerman, Ethan, 2017: Mastodon is big in Japan. The reason is... uncomfortable;
<http://www.ethanzuckerman.com/blog/2017/08/18/mastodon-is-big-in-japan-the-reason-why-is-uncomfortable/>, 12.09.2019.
- Züger, Theresa, 2014: Digitaler ziviler Ungehorsam. Spurensuche der Dissidenz im digitalen Zeitalter. In: Juridikum: Zeitschrift für Kritik - Recht - Gesellschaft 4, 472-482.
- Züger, Theresa, 2017: Reload Disobedience. Ziviler Ungehorsam im Zeitalter digitaler Medien, Promotionsschrift: edoc-Server HU Berlin.
- Züger, Theresa / Haase, Adrian, 2016: Mit dem BKA ins hacktivistische Dunkelfeld;
<https://netzpolitik.org/2016/mit-dem-bka-ins-hacktivistische-dunkelfeld/>, 08.12.2019.
- Zürn, Michael, 2013: Politisierung als Konzept der Internationalen Beziehungen. In: Michael Zürn / Matthias Ecker-Ehrhardt (Hg.), Die Politisierung der Weltpolitik: Umkämpfte internationale Institutionen, Berlin, 7-35.